



Neues aus Düsseldorf

Ausgabe 02/2018

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

in meinem aktuellen Newsletter möchte ich Ihnen und euch über die Debatten und Beschlüsse des letzten Plenums sowie über aktuelle Meldungen aus dem Kreis Coesfeld berichten.

Seit gestern steht nun die Entscheidung der über 460.000 SPD-Mitglieder fest. An dieser Stelle möchte ich eines vorweg sagen: Ich bin stolz, dass wir den internen Diskurs so fair und offen miteinander geführt haben. Dafür bedanke ich mich auch bei den vielen Genossinnen und Genossen im Kreis. 78,4 % der Mitglieder haben sich am Votum beteiligt, davon haben 66 % mit „Ja“ gestimmt. Ich persönlich habe mit einem knapperen Ergebnis gerechnet. Aber trotz der Deutlichkeit des Ergebnisses bin ich mir bewusst, dass habe ich in den vielen Diskussionen erlebt, dass eine Vielzahl der Mitglieder nicht wegen der im Koalitionsvertrag verhandelten Inhalte schlussendlich zugestimmt haben, sondern weil man sich unsicher war, was eventuelle Neuwahlen bringen könnten. Wir werden uns nun an der Regierung beteiligen und damit heißt es für unseren Erneuerungsprozess umso mehr, dass wir uns einmischen, anpacken und weiter debattieren müssen, denn eine Regierung mit CDU/CSU ist nicht das Ende. Es liegt nun mit an uns, dass wir etwas verändern. Dazu gehört es selbstverständlich, die Inhalte, die im Koalitionsvertrag verhandelt wurden, auch umzusetzen und unsere Handschrift deutlich erkennbar hervorzuheben. Für den Kreis Coesfeld ist es besonders wichtig, dass der soziale Arbeitsmarkt und die Möglichkeiten für Langzeitarbeitslose sowie das Thema bezahlbares Wohnen intensiv und lösungsorientiert angepackt werden. Außerdem ist es vordringlich, dass wir dafür sorgen, dass die Rente für alle gerecht und zuverlässig ist. Wir müssen darauf drängen, dass die geplante Rentenkommission schnellstmöglich Ergebnisse liefert, die als Grundlage für einen verlässlichen Generationenvertrag dienen. Dabei muss es unser primäres Ziel sein Altersarmut zu verhindern und die Lebensleistung anzuerkennen. Und auch für Europa ist es wichtig, dass die europäische Achse zwischen Deutschland und Frankreich weiter gestärkt und einem pro europäischen Kurs Nachdruck verliehen wird.

Bevor ich Ihnen und euch nun viel Spaß beim Lesen des Newsletters wünsche, möchte ich noch auf die nun beginnende Bewerbungsphase für den Jugend-Landtag 2018 hinweisen. Der Jugend-Landtag ist eine tolle Möglichkeit die Arbeit eines Abgeordneten im Parlament für drei Tage hautnah zu erleben. Weitere Informationen zum Bewerbungsverfahren finden sich weiter unten. Ich freue mich auf jede Bewerbung und möchte mich schon jetzt für das Interesse bedanken.

Beste Grüße

André Stinka MdL

ANDRÉ STINKA: „LANDESREGIERUNG HAT KEIN KONZEPT IN DER LUFTREINHALTUNG UND LÄSST DIE KOMMUNEN IM STICH“



„Der Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts war absehbar. Deshalb ist es ein Offenbarungseid, dass die Landesregierung weiterhin untätig und orientierungslos ist. Wir haben mehrmals die Landesregierung zum Handeln aufgefordert. Die für diese wichtige Frage zuständigen Minister für Verkehr und für Umwelt haben bislang geschwiegen und sich darauf verlassen, dass dieses Problem von den NRW-Kommunen gelöst wird. Käme ein Fahrverbot für Diesel-Fahrzeuge, die die Euro-6-Norm nicht erfüllen, würden von den 3,1 Millionen zugelassenen Diesel-Pkw in NRW rund 2,6 Millionen Diesel-Fahrzeuge unter ein Dieselfahrverbot fallen. Eine gemeinsame Strategie zwischen Land und Kommunen ist jetzt aber zwingend notwendig. Damit muss die Landesregierung einen ‚Flickenteppich‘ verhindern. Dazu gehört auch, ein langfristig wirkendes Konzept und Förderprogramm zur landeseinheitlichen Unterstützung, Koordinierung und Beratung der Kommunen, der Verkehrsverbünde, der Unternehmen und Verbände zu entwickeln und hierzu zeitnah zu einem NRW-Mobilitätsgipfel einzuladen.“

Auch in der Luftreinhaltung gilt das Verursacherprinzip: Die Besitzer von Diesel-Fahrzeugen dürfen nicht für das Versagen der Automobilindustrie bestraft werden. Sie steht mit ihren Verkaufszusagen gegenüber den Verbrauchern in der Pflicht und muss für die Nachrüstung der mit Mängel behafteten Bestandsflotten sorgen. Die schwarz-gelbe Landesregierung muss ihr Wohlwollen gegenüber der Automobilindustrie beenden und im Interesse der Gesundheit der Anwohner, des Umweltschutzes sowie der Autobesitzer auf Nachrüstungsmaßnahmen der Fahrzeugflotten hinwirken. Wir fordern deshalb auch die sofortige Einführung einer Musterfeststellungsklage, um die Interessen und Rechte der Verbraucher zu stärken. Dem Landtag liegt dazu ein Gesetzentwurf der SPD vor, den die Landesregierung in den Bundesrat einbringen kann.“

Meine Rede in der Aktuellen Stunde am Mittwoch kann man sich [hier](#) anschauen.

JETZT FÜR DEN JUGEND-LANDTAG 2018 BEWERBEN!



Wie wird Politik gemacht? Was steckt dahinter? 199 Jugendliche werden in der Zeit vom 28. – 30. Juni 2018 das politische Parkett in Düsseldorf an drei spannenden Tagen hautnah kennenlernen und erfahren.

Der Jugend-Landtag bietet die Möglichkeit den Platz eines Parlamentariers einzunehmen, in seine Rolle und Aufgaben zu schlüpfen und vor allem selbst Politik zu machen. Die Jugendlichen werden in diesem Rahmen die parlamentarischen Abläufe von Fraktionssitzungen über Ausschusssitzungen bis hin zur Plenarsitzung erleben.

Der Dülmener SPD-Landtagsabgeordnete André Stinka sucht dich, wenn du zwischen 16 bis 20 Jahren alt bist, Schüler/in, Auszubildender, Studierender oder junge Berufstätiger bist, vorzugsweise im Kreis Coesfeld wohnst sowie Lust und Interesse hast, ein Teil dieses jungen Parlaments zu sein.

Die Kosten für Verpflegung und Unterkunft übernimmt der Landtag NRW; Fahrtkosten werden anteilig erstattet.

Ausreichend für die Bewerbung sind eine Mail oder ein Brief mit (E-Mail-) Adresse, Altersangabe sowie einem kurzen Motivationsschreiben (ca. 500 Wörter), warum man beim Jugend-Landtag mitmachen möchte.

Bewerbungen bitte an: André Stinka MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf; E-Mail: Wahlkreisbuero.Stinka@landtag.nrw.de

Bewerbungsschluss ist der 6. April 2018.

Impressionen und Berichte von den bisherigen Jugend-Landtagen finden sich auf der Internetseite www.jugend-landtag.de in der Rubrik "Jugend- Landtag".

LEHRERBESOLDUNG: GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT



Für die SPD bedeutet Wertschätzung und Anerkennung der Lehrerinnen und Lehrer auch deren gleiche Besoldung. Das würde die Attraktivität des Lehrberufs steigern und wäre ein wichtiger Beitrag zur Beseitigung des Lehrermangels in NRW. Obwohl Studium und Vorbereitungsdienst (Referendariat) gleich lang sind, werden Lehrerinnen und Lehrer je nach Schulform nach wie vor unterschiedlich besoldet. Die SPD-Fraktion fordert, das Einstiegsamt für Lehrerinnen und Lehrer jeder Schulform anzuheben. Damit sind alle Schulformen (Grundschulen, Realschulen, Gesamtschulen, Hauptschulen, Förderschulen und Gymnasien) gemeint. Den Versprechungen der Mitte-Rechts-Koalition zur Anpassung der Lehrerbeseoldung sind im kürzlich verabschiedeten Haushalt keinerlei Taten gefolgt.

[Drucksache 17/1817](#)

GELDWÄSCHE-KRIMINALITÄT: MITTE-RECHTS-KOALITION IN DER PFLICHT



Die Bekämpfung von Geldwäsche ist ein unverzichtbarer Bestandteil zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Terrorismus. Die Bearbeitung von Geldwäsche-Verdachtsanzeigen ist in Deutschland seit 2017 beim Zoll angesiedelt. Derzeit gibt es immer mehr Hinweise auf chaotische Organisationsstrukturen, fehlende Kompetenzen und überforderte Mitarbeiter als Resultat der Aufgabenverlagerung von Landeskriminalämtern und Bundeskriminalamt auf den Zoll. Unser Land darf nicht aufgrund fehlerhafter Entscheidungen auf der Bundesebene zur Komfortzone für organisierte Kriminalität werden. Mit unserem Antrag fordern wir deshalb die Landesregierung dazu auf, sich im Bund für eine effektive Organisationsstruktur für das Meldesystem bei Geldwäsche-

Verdachtsmeldungen einzusetzen. Auch Sebastian Fiedler, Landesvorsitzender des Bund Deutscher Kriminalbeamter NRW, betonte im Gespräch mit Stinka, dass ihm dies ein Anliegen sei.

[Drucksache 17/1991](#)

STUDIENGEBÜHREN: STUDIUM MUSS GEBÜHRENFREI BLEIBEN



Gebührenfreie Bildung hat sich in Nordrhein-Westfalen aus vielen sozialen und auch ökonomischen Gründen bewährt. In ihrem Koalitionsvertrag kündigten CDU und FDP trotzdem an, Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer einführen zu wollen. Die SPD-Fraktion hat nun ein Gebührenfreiheitsgesetz in den Landtag eingebracht. Für uns ist klar: Bildung muss gesetzlich gebührenfrei bleiben. Eine Anhörung bestätigte die SPD-Position: Keiner der Sachverständigen sprach sich für ein Gebührenmodell à la Schwarz-Gelb aus. Als Reaktion auf die Kritik hat die Mitte-Rechts-Koalition das Projekt Gebühreneinführung vorerst

gestoppt. Baden-Württemberg, das bereits Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer erhebt, dient der Landesregierung als Vorbild, entpuppt sich in der Realität jedoch als Menetekel: Die Studierendenzahlen sinken und die Mehreinnahmen bleiben weit hinter den Erwartungen zurück.

[Drucksache 17/85](#)

KULTUR IN NRW: THEATER UND ORCHESTER BRAUCHEN SICHERHEIT

Im Jahr 2013 haben die damalige rot-grüne Landesregierung und die theater- und orchestertragenden Städte ein wichtiges Signal für den Erhalt der in den Kommunen vorhandenen Bühnen gesetzt. Die Landesförderung der kommunalen Theater und Orchester wurde seinerzeit um 23 Prozent pro Jahr erhöht (von 14,5 auf 19 Millionen Euro). Theater und Orchester werden in NRW größtenteils durch Städte und Gemeinden finanziert.



Die angespannte finanzielle Situation vieler Kommunen macht es allerdings seit vielen Jahren immer schwieriger, die finanziellen Mittel zur Bewahrung dieses kulturellen Angebots sicherzustellen. Die Theater und Orchester benötigen aufgrund gestiegener Betriebskosten zusätzliche finanzielle Mittel. Die schwarz-gelbe Landesregierung darf sich auf den Erfolgen der Vorgängerregierung nicht ausruhen und muss den Pakt weiterentwickeln.

Drucksache 17/1992

Gemeinsam mit unserem kulturpolitischen Sprecher Andreas Bialas, unserem parlamentarischen Geschäftsführer Marc Herter und dem Vorsitzenden des Kulturforums der Sozialdemokratie Münsterland e.V. Peter Amadeus Schneider haben wir uns am Rande der Plenartage zum Themenbereich Kulturpolitik, insbesondere zur kulturellen Bildung, ausgetauscht. Ein ausführlicher Bericht folgt im nächsten Newsletter.

MEIN PRAKTIKUMSBERICHT—VON LINDA ARAGON

Mein Name ist Linda Aragon, ich bin 16 Jahre alt, gehe auf das Clemens-Brentano-Gymnasium in Dülmen, und in der Zeit vom 22.01.-2.02. habe ich das berufsorientierende Praktikum beim örtlichen SPD-Landtagsabgeordneten André Stinka absolviert. In dieser Zeit durfte ich Herrn Stinka zu vielen Sitzungen begleiten und habe auch an einer Sitzung der SPD-Landtagsfraktion teilnehmen können. Das Team von Herrn Stinka hat mich in ihre Tätigkeiten mit eingebunden, sodass ich den Alltag von Herrn Stinka und seinem Team kennenlernen konnte.

Während der Zeit, in der ich mein Praktikum bei Herrn Stinka absolvierte, führten noch viele weitere Schülerinnen und Schüler ihr Praktikum bei SPD-Abgeordneten durch. Daher hatte man für uns ein Praktikantenprogramm zusammengestellt. Wir besuchten unter anderem den WDR, die Villa Horion und arbeiteten gemeinsam in der zweiten Woche an einer Projektarbeit zum Thema „Schule der Zukunft“. In Gruppen beschäftigten wir uns mit der Frage, wie wir uns die Schule von morgen insbesondere im Hinblick auf die Digitalisierung vorstellen. Im Gespräch stellte sich schnell heraus, dass es je nach Schule sehr gravierende Unterschiede im Bereich der digitalen Ausstattung sowie im Umgang mit den Medien gibt. Und auch die Frage, wie Medienkompetenz vermittelt wird, unterscheidet sich sehr. Gemeinsam haben wir versucht Gründe hierfür zu finden: Zum einen ist das natürlich eine finanzielle Frage und zum anderen wahrscheinlich auch eine Generationenfrage. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass für uns der Umgang mit den neuen Medien selbstverständlich ist. Wir sind, wie man so schön sagt, „Digital Natives“. Dass unsere Lehrer das zum größten Teil nicht sind, ist eigentlich gar nicht schlimm, solange wir Verständnis füreinander haben und voneinander lernen. Unsere Ergebnisse – „Unsere Schule der Zukunft“ – präsentierten wir zum Abschluss des Praktikums einigen Abgeordneten.



Abschließend kann ich sagen, dass ich in den zwei Wochen viel gelernt habe über den Landtag und die Arbeit eines Abgeordneten und ich auch viel Spaß bei der Gruppenarbeit hatte.

WEITERE INFORMATIONEN

V.i.S.d.P. André Stinka MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf